

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Abdruck sämtl. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 4 Mk., durch unsere Mitglieder gegenüber in der Stadt monatlich 4.80 Mk., auf dem Lande 6.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten und Postboxen sowie unsere Mitglieder und Geschäftskunde nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Zustellungsverhinderungen ist der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung über die Abgabe des Bezugspreises zu stellen.



Abdruckpreis 1 Mk. für die gewöhnliche Korrespondenz oder deren Kern. Einzelpreis 1/2 Mk. Resten 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresabnahme entsprechend. Bei Anzeigen im amtlichen Teil nur von Behörden die Tagesblätter 3 Mk. Nachmittagsblätter 2 Mk. Tagesabnahme 1/2 Mk. vom 1. bis 30. April 1921. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Nachrichten wird keine Gebühr erhoben. Jeder Anzeigengeldnehmer ist verpflichtet, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rastort gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 82.

Sonnabend den 9. April 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Grumbach.

Sonnabend den 9. April vormittags 8 bis nachmittags 2 Uhr Ausgabe der neuen Milch-, Butter- und Brotmarken im Gemeindeamt in der üblichen Reihenfolge. Grumbach, am 8. April 1921. Der Gemeindevorstand.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichsregierung hat der Entente eine Note über die gesamte oberschlesische Frage überreicht.
- * Die Reichsregierung bemerkt die Zeitungsmeldung, daß sie beabsichtige, Frankreich neue Vorschläge zu machen.
- * Die Zollgrenze am Rhein soll voraussichtlich Mitte April errichtet werden.
- * Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten wird am 8. April erfolgen.
- * Die Zeitungsmeldung, Stinnes habe in Rußland große Wahlkonzeptionen erworben, wird als völlig unzutreffend bezeichnet.
- * Der frühere Kaiser Karl von Österreich-Ungarn ist auf der Rückreise von Steinamanger in Luzern eingetroffen und in einem dortigen Hotel untergebracht worden.
- * Infolge der Osterferien des Erzherzogs Karl nach Ungarn hat das ungarische Kabinett Tseleki seine Demission eingereicht.
- * Aus Budapest verkundet, das ungarische Kabinett habe beschlossen, am 13. August Königswahlen auszusprechen.
- * Auf Schloss Hohenburg bei Töls fand die Hochzeit des vorjährigen böhmischen Kronprinzen Rupprecht mit der Prinzessin Antonia von Luxemburg statt.
- * Es behält sich, daß Bela Kuhn, der frühere Diktator Ungarns zum Oberkommissar der Sowjetregierung in der Krain ernannt worden ist.

Unser Handel im Osten.

Von der litauischen Grenze wird uns geschrieben: Die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln, den die Entente unter dem Einfluß französischer Finanzier gegenüber Deutschland beliebt, zwingt uns, unser Wirtschaftliches und unsern Handelsverkehr vollständig umzustellen. Wenn auch schon vor dem Weltkrieg unser Handel mit Ost- und Europa ganz bedeutend war, so spielte er doch in unserem Weltverkehr eine fast untergeordnete Rolle. Jetzt aber ist der osteuropäische Markt für uns der Markt der Zukunft; ihn dürfen wir nie und nimmermehr vernachlässigen, auch wenn uns schließlich wieder einmal der übrige Weltmarkt offen steht.

Wenn von dem Handel mit dem Osten gesprochen wird, so kommt auf absehbare Zeit ein Handel mit Polen kaum mehr in Frage, als er unbedingt nötig ist. Der Handel mit Rußland ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ja noch so gut wie gesperrt. Trotz alledem heißt es hier auf dem Posten zu sein, damit wir den richtigen Augenblick nicht verpassen. Unsere Abneigung gegen das jetzige System in Rußland darf uns nicht abhalten, allen Bemühungen der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen die Wege anzubereiten. Mit unserer Stellungnahme zu den innerpolitischen Verhältnissen Rußlands hat das nicht das geringste zu tun. Weniger denn je dürfen wir Geschäftsopportunitäten treiben. Nur nächsterne Realpolitik kann unsere Wirtschaft retten, kann Deutschland wieder hochheben. Nur allzu häufig kann man von Leuten, die es gewiß gut meinen, hören, wir müßten uns gegen Rußland möglichst abschließen. Tatsächlich kommen wir aber damit nicht weit; im Gegenteil: wir würden dadurch nur erreichen, daß unsere Konkurrenten uns ausbrennen. England, das jochen den Handelsvertrag mit Rußland abgeschlossen hat, denkt gar nicht daran, die Sowjets anzuerkennen. Trotzdem ist man an der Themse viel zu klug, als daß man sich deswegen gute Verdienstmöglichkeiten einbilden ließe. Trotz des englischen Wettbewerbs wird aber der deutsche Handel, wenn er erst kräftig wieder einsetzt, nicht zu schlagen sein. In Rußland weiß man viel zu gut, den Wert der deutschen Waren zu schätzen, als daß man auf sie verzichtete. Regierungsformen kommen und vergehen, und wie lange die Sowjetregierung besteht, weiß man nicht. Wir müssen dem russischen Volke zeigen, daß wir mit ihm in Ruhe und wünschlich in Freundschaft leben wollen. Wie sich Rußland seine Staatsform einmal einrichtet, das kann nicht unsere Sorge sein. Ein deutsch-russischer Handelsverkehr größten Maßstabes wird auf die politischen Beziehungen nicht ohne Einfluß bleiben. Er ist um so eher möglich, als die beiden Staaten sich nicht als Konkurrenten gegenübersehen, sondern sich ergänzen. Rußland braucht die deutschen Industrieerzeugnisse; es wird auf der andern Seite über kurz und lang auch wieder in der Lage sein, Deutschland bedeutende Mengen wichtiger Rohprodukte zu bieten. Gewiß werden bei der Errichtung der russischen Bahnen Jahre darüber vergehen. Wenn wir aber die Gelegenheit finden, an dem Wiederaufbau der Verkehrsmittel mitzuarbeiten, werden wir für unsere Industrie nicht nur lohnende Arbeit schaffen, sondern auch die beste Grundlage für unseren späteren Warenaustausch legen. Was für Rußland gilt, das gilt nicht minder für die Ukraine. Ein hochstehender ukrainischer Politiker erklärte kürzlich, daß in der Ukraine ein

wahrer Hunger nach deutschen Waren herrsche. Die deutschen Erzeugnisse stehen dort im besten Ansehen. Wenn ein Ukrainer eine Ware loben will, dann sagt er: sie ist deutsch. Er sagt nicht, er hat einen „guten“ Wagen, sondern einen „deutschen“. Auch hier gilt es, die Augen offen halten, alle Vorbereitungen treffen, damit wir mit der Kornkammer Europas so bald als möglich in Verbindung treten können. Es erübrigt sich, über den deutsch-sinnischen Handel weitere Ausführungen zu machen. Schon jetzt bestehen rege kaufmännische Beziehungen, die zweifellos noch weiter ausgebaut und vertieft werden können.

Als Bindeglied zwischen dem Osten und Deutschland werden die sogenannten Mandatstaaten, das heißt Litauen, Lettland, Estland eine besondere Aufgabe zu erfüllen haben. Die Abneigung gegen das Deutsche, die in Lettland und Estland von Sendboten der Entente eine ganze Zeit mit Erfolg geschürt wurde, hat sich zweifelsohne in der letzten Zeit gemindert. Man hat erkannt, daß man ohne ein vernünftiges Zusammenarbeiten mit Deutschland nicht auskommen kann. Die Vorbereitungen für einen deutsch-litauischen Handelsvertrag sind seit geraumer Zeit im Gange, und man darf wohl hoffen, daß sie zu einem beide Staaten befriedigenden Ergebnis führen werden. In Litauen liegen für uns zweifellos die Verhältnisse am günstigsten. Gewiß gab es auch in Litauen eine Zeit, in der man auf die Deutschen nicht allzu gut zu sprechen war. Die unaußbleiblichen Härten, die mit der Besetzung verbunden waren, hat man indessen vergessen. Unbekümmert um alle Beeinflussungen und Versuche hat die litauische Regierung stets nur eine nationale litauische Politik getrieben, und die wieder ihr den Weg zu einem verständnisvollen wirtschaftlichen Zusammenarbeiten mit Deutschland. War es gerne hätte man es zweifellos in Ententekreisen gesehen, wenn Litauen mit Polen ein Bündnis abgeschlossen hätte, weil dann die Einkreisung Deutschlands vollständig gewesen wäre. Die Litauer haben es abgelehnt, da sie den polnischen Imperialismus zu gut kannten und wußten, daß ein Bündnis mit Warschau das Ende eines selbständigen Litauens bedeuten würde. Als reiner Agrarstaat — Industrie spielt zurzeit so gut wie gar keine Rolle — hat Litauen sich am schnellsten unter den Mandatstaaten von den Folgen des Krieges erholt. Die vorliegenden Ein- und Ausfuhrziffern aus dem vorigen Jahre lassen einen deutlichen Aufschwung des litauischen Wirtschaftslebens erkennen. In der Zeit vom 1. 1. bis 30. 11. v. J. wurden aus Litauen für 443 992 802 Mark 62 Pf. ausgeführt und für 317 203 306 Mark 2 Pf. eingeführt. Die Ausfuhr stellt somit einen Überschuss von 126 719 496 Mark 60 Pf. dar. Die Hauptartikel, die ausgeführt wurden, sind Holz und Rinde, aber auch Lebensmittel, tierische Produkte und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse spielen eine erhebliche Rolle. Ein großer Teil der ausgeführten Waren ist nach Deutschland, besonders nach Ostpreußen, gekommen. Wie ja überhaupt Ostpreußen der Hauptabnehmer für litauische Waren ist. Zweifellos wird die Einfuhr sich in dem Maße steigern, als die wirtschaftliche Entwicklung Litauens zunimmt. Litauen braucht in erster Linie Maschinen und Textilfabrikate, die Deutschland am besten wird liefern können. Dem deutschen Handel und ganz besonders dem ostpreussischen bietet sich schon jetzt ein reiches Feld der Betätigung. Leichter denn anderswo werden sich die deutsch-litauischen Handelsbeziehungen immer enger knüpfen lassen. Ostpreußen und Litauen sind getadelt aufeinander angewiesen.

Jedenfalls muß es das Ziel einer weltanschauenden Wirtschaftspolitik sowohl haben wie drängen sein, die hoffnungsvollen keine gegenseitigen Verhältnisse, die sich jetzt schon zeigen, weiter zu pflegen und zur Entwicklung zu bringen. W. Wg.

Briand gegen Simons.

Das Schicksal Oberschlesiens.

Bei der Fortführung der Senatsdebatte hielt der Ministerpräsident Briand eine neue Rede, in der er auf verschiedene Fragen antwortete. Er sagte u. a.: Betreffend Oberschlesien muß die Abstimmungskommission die Ergebnisse von Gemeinde zu Gemeinde prüfen, eine langwierige und mühselige Arbeit, die aber in zwei bis drei Tagen erledigt sein wird. Wir bestehen auf die Durchführung des Friedensvertrages, nicht mehr und nicht weniger wollen wir. Wir sind nicht gewillt, das Spiel Deutschlands mitzumachen, das die Entschädigungsfrage mit der oberschlesischen verknüpft. Die von Deutschland verbreitete Legende, daß Frankreich nichts zu der Wiederherstellung tun will, widerlege ich durch folgendes: Der Boden, der vollständig aufgewälzt war, wurde durch die französischen Bauern zu 35 Prozent wieder hergestellt. 80 Prozent der Oberfläche wurde für die Wirtschaft wieder zugänglich ge-

macht. Die zerstörten Fabriken wurden mit 10 Prozent wieder in Betrieb gesetzt. 99 Prozent der Eisenbahnen sind bereits wieder hergestellt, und von zerstörten Kunstbauten 80 Prozent. Die deutsche Regierung weiß dies alles und trotzdem hat sie die Kühnheit, so weit zu gehen und einer befreundeten Macht (gemeint ist das Memorandum an Amerika) zu erklären, Frankreich fordere alles, nur um seine Wunden bloßzulegen und dadurch den Haß in der Welt fortbauern zu lassen. Diese Behauptung verdient überhaupt keine Widerlegung.

Der Streit um die Mandate.

Amerika protestiert.

Wie aus Washington gemeldet wird, haben die Vereinigten Staaten eine gleichlautende Note an England, Frankreich, Italien und Japan gerichtet, die nicht nur die Frage der Mandate behandelt, sondern auch alle amerikanischen Rechte, die sich aus dem Kriege ergeben haben. Die Note könne als eine Erklärung über die Politik der neuen amerikanischen Regierung angesehen werden und wiederhole, daß es das Recht der Vereinigten Staaten sei, an den Friedensregelungen teilzunehmen, trotzdem sie den Friedensvertrag nicht unterschrieben hätten. Sie erklärt insbesondere, daß die Regierung der Vereinigten Staaten darauf bestehen müsse, daß sie kein Recht und kein Interesse an der Insel Yap verloren habe, und daß sie die Forderung der Insel an Japan oder die Rechtsgültigkeit eines Mandats Japans nicht anerkennen könne.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Zur Entwaffnung der Einwohnerwehren.

Die deutschen Vertreter in Paris, London und Rom sind, wie verlautet, angewiesen worden, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierungen darauf zu lenken, daß der noch kaum überwundene Aufruhr in Mitteldeutschland die Durchführung der Entwaffnung der Einwohnerwehren außerordentlich erschwere, da er, wie man auch sachlich über die Notwendigkeit der Einwohnerwehren denken möge, jedenfalls bei den Wehrleuten die Überzeugung von der Notwendigkeit des Selbstschutzes gefestigt habe; die Abgabe der Waffen begegne daher gegenwärtig ganz besonderen und begrifflichen inneren Widerständen.

Das gefährdete Ruhrrevier

Aber die Frage der Besetzung des Ruhrgebietes als Erweiterung der Sanktionen im Falle, daß Deutschland bis zum 1. Mai seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, erwartet man in einflussreichen Pariser Kreisen, daß ein derartiger Schritt nicht vor Beendigung der Konferenz des Obersten Rates, der am 1. Mai zusammentritt, unternommen werden wird. Die Anwesenheit eines amerikanischen Vertreters auf dieser Konferenz würde man mit Freuden begrüßen.

Unsinnige Zerschlagungswut.

Das Auswärtige Amt hat an die Interalliierte Militärkontrollkommission folgende Note gerichtet: „Die deutsche Regierung hat Kenntnis davon genommen, daß die Vorkonferenz ihren Vorschlag, die den augenblicklichen Bedarf übersteigenden Bestände an Ertragsteuern und Halbfabrikaten für Heeresgut bis zum Eintreten des Bedarfsalles im besetzten Gebiet lagern zu lassen, ablehnt und auf der sofortigen Verstärkung dieser Vorräte besteht. Damit werden Werte von mehr als einer Milliarde Mark ohne militärische Notwendigkeit vernichtet; die deutsche Regierung wird genötigt, ihr Budget in den kommenden Jahren mit hohen Aufwendungen für den Bedarf der Wehrmacht zu belasten, die bei Annahme der Vorschlags erspart worden wären. Die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Anordnungen werden erteilt.“

Türkei.

Die schwere Niederlage der Griechen wird von der englischen Presse bestätigt. Die türkischen Berichte behaupten, daß der Feind endgültig geschlagen sei. Die griechischen Verluste, Gefangene nicht eingerechnet, würden auf 4000 Mann geschätzt. 150 griechische Offiziere seien gefallen sein. In maßgebenden Kreisen in Konstantinopel herrsche die Ansicht, daß eine vollständige Vernichtung des griechischen Heeres nur durch ein Eingreifen der Alliierten und die Ausräumung eines Waffenstillstandes verhindert werden könne. Die letzten türkischen Berichte melden, daß die Griechen Brücke räumen, weil die Kemalisten sich dieser Stadt in Eilmärschen nähern.

Amerika.

Harding gegen den Völkerbund. In Washingtoner Regierungskreisen wird zu verstehen gegeben, daß Präsi-

dent Harding endgültig entschieden habe, daß die Vereinigten Staaten dem bestehenden Völkerbund nicht beitreten würden. Eine Bestätigung darüber, ob die Hardingsche Verwaltung beabsichtigt, eine Revision des Paktes vorzuschlagen, die Amerika ermdglicht, dem Bund beizutreten, konnte nicht erhalten werden. Es scheint, daß sich gegen die Wiedereinbringung der Friedensresolution kaum eine Opposition erheben wird.

Brasilien.

X Das Verbrechen der Zwangsmaßnahmen. Eines der angesehensten Blätter, der „Correio da Manhã“, geißelt in einem bemerkenswerten Artikel die Zwangsmaßnahmen, insbesondere die Ausfuhrabgabe, die er als barbarisch bezeichnet. Es wäre ein Verbrechen an der eigenen Wirtschaft, wenn Brasilien zum Schaden eines der besten Kaffeeproduzenten und Lieferanten von Industriearbeitskräften sich der Entente anschließen wollte.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Beim Reichstage ist eine Eingabe einiger Kreisgruppen des Nationalverbandes deutscher Offiziere eingegangen, in der gebeten wird, den 19. Januar als deutschen „Einigkeitstag“ zum gesetzlichen Feiertag zu erheben.

Der englische Kohlenarbeiterstreik.

Eine nationale Gefahr.

Die öffentliche Meinung sieht immer mehr ein, daß der Regierungsbeschuß über die Aufhebung der Kontrolle der Kohlenverteilung ein großer Fehler gewesen ist und daß die Regierung den Bergarbeitern jetzt auf jeden Fall entgegenkommen muß. Selbst ein konservativer Abgeordneter, wie Lord Derby, hat sich vor kurzem in verurteilendem Sinne über die Aufhebung der Regierungskontrolle ausgesprochen. Die „Birmingham Gazette“ stellt nach dem Studium der bekanntgegebenen Listen fest, daß bei einer Erhöhung des Lebensunterhaltes fast um 140 Prozent die Vergarbeiterlöhne auf Grund der neuen Tarife nur um 60 Prozent gestiegen sind.

Schwierigkeit der Verhandlungen.

Als die Vergleite sich einverstanden erklärten, mit Vertretern der Bergwerksbesitzer und der Regierung zu Verhandlungen über ein Abkommen zusammenzutreten, glaubte man, daß sie die von Lloyd George mitgeteilten Bedingungen für eine solche Konferenz annehmen. Witzig erklärte Lloyd George aber im Unterhause, er habe soeben erfahren, daß der Ausschuss der Vergleite abgelehnt habe, die Leute an den Pumpen anzuweisen, während der Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen, was eine der erwähnten Bedingungen war. Der Premierminister fügte hinzu, Verhandlungen seien unmöglich, bevor nicht dieses Hindernis überwunden sei, und erwähnte die Bergarbeiterführer, ihre Entscheidung nochmals zu überlegen.

Das verhängnisvolle Abkommen von Spa

Im Unterhause erklärte Thomas, die Arbeiter seien einmütig der Ansicht, dies sei der erste Versuch, ihren Lebensstandard herabzudrücken. Die Eisenbahner seien der Ansicht, wenn die Bergarbeiter unterliegen würden, so seien die Eisenbahner die nächste Verteidigungslinie. Die Zahlen seien überwältigend zugunsten eines Weiterzuges des Streiks. Die Bergarbeiter würden von der organisierten Arbeiterkraft unterstützt werden. Die Vergarbeiter würden und können die Hungerlöhne nicht annehmen, und die Eisenbahner würden sie dabei unterstützen. Das Mitglied der Arbeiterpartei Horsforth führte aus, daß Spa-Abkommen sei schuld an der vollständigen Zerstörung der britischen Märkte für Ausfuhrstoffe.

Die außerordentlichen Vollmachten.

Beide Häuser des Parlaments haben die Notstandsverordnungen angenommen. Dadurch hat die Regierung eine nahezu unumschränkte Gewalt, auf Grund der er-

telkten Vollmachten außerordentliche Maßnahmen durchzuführen. Die Anwendung der Vollmachten kommt äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß alle ministeriellen Gebäude von militärischen Posten besetzt wurden. Bei Anbruch der Nacht begannen Patrouillen in feindlicher Ausrüstung London zu durchstreifen. Zwölf Zerstörer verließen Portland, um sich nach den Hauptbasenplätzen, in denen der Streik besonders stark austritt, zu begeben. In dem Grubengebiet kam es bereits zu blutigen Zusammenstößen. In Colweston in Essexshire bemächtigten sich die Streikenden während der Nacht eines Bergwerkdirektors und zwangen ihn, sich ihrem Demonstrationstreffen anzuschließen. Die Polizei ging sofort zum Angriff über, doch gelang es nicht, ohne schweres Blutvergießen den Direktor zu befreien. In Lancashire wurde die Pumpenmannschaft mit Waffen und Sprengstoffen angegriffen; unter den Mannschaften befanden sich viele Freiwillige, besonders Studenten und Ingenieure. Es verlautet, daß die Regierung noch während der Nacht bedeutende Polizeimassen nach dem Bezirk abgehen ließ. Im Eisen- und Stahlzentrum und im Erzgebiet mußten mehrere Großbetriebe ihre Arbeiter auf unbestimmte Zeit entlassen. Die Schiffsfahrtsgeellschaften teilen in der Presse mit, daß sie wegen Kohlenknappheit den Küstendienst einstellen müßten. Auch die Eisenbahnen haben in ganz England ihren Betrieb wesentlich eingeschränkt.

Zerstörungen im Leuna-Werk.

Der Zerstörerort für Verbrecher.

Im Leuna-Werk fanden dieser Tage Verhandlungen statt, an denen Göring und die Führer der Sänderungsaktion, sowie Parlamentarier und Pressevertreter teilnahmen. Oberpräsident Göring stattete den Führern der Sicherheitskräfte nochmals seinen Dank für ihre erfolgreiche Arbeit ab. Der Direktor der Leuna-Werke gab sodann einen überaus interessanten Überblick über die kommunistische Bewegung in den Werken, die schon in ihren Anfängen vom Januar dieses Jahres her datiert. Schon vor Ausbruch der Unruhen waren in den Leuna-Werken durch die Waffenschießübungen der Arbeiter unbehaltbare Zustände eingetreten. Während des Auftrubs wurde den Werken von den plündernden Kommunisten überliefert. Die Werke waren ein wahrer Zerstörerort für Verbrecher geworden. Am Ostermontag wurden aus einem Gefängnis fast eine Million Mark geraubt. Die Täter verschwanden mit ihrem Raube und überließen die Belegschaft ihrem Schicksal. Der Vortragende erklärte ausdrücklich, daß das Werk von allen Leuten gefährdet werden soll, die nicht hinein gehören. Die immer noch im Werk untergebrachten Gefangenen werden in den nächsten Tagen abtransportiert, damit der Betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen werden kann. In den weiteren Verhandlungen wurden dann sowohl von Göring, wie von Parlamentariern und den Truppenführern, die von kommunistischer Seite ausgestreuten Gerüchte widerlegt, daß die Gefangenen schlecht untergebracht und der brutalen Behandlung der Truppen ausgesetzt seien.

Nah und fern.

O Die Mische des Selbstmörders. Ein Diebstahl eigener Art hat sich in der Gothaer Leichenhalle ereignet. Nach der Entdeckung der Leiche eines jungen Mannes, der sich selbst entleibt hatte, erschienen zwei junge Mädchen bei der Verwaltung und gaben die Mische des Toten aus. Auf eine Frage erklärten sie, von den Eltern des Toten zur Empfangnahme beauftragt zu sein. Wenige Tage später kamen aber die Eltern in der gleichen Absicht, und nun stellte es sich heraus, daß sie niemanden auftrag erteilt hatten. Trotz eifrigster Nachforschung ist es noch nicht gelungen, die beiden Mädchen zu ermitteln. Man nimmt an, daß ein Raubakt vorliegt.

O Die Sammlung für die deutsche Kinderhilfe hat nach den bisherigen Feststellungen, die zum Teil noch auf Schätzungen beruhen, 48,9 Millionen Mark ergeben. Hierzu kommt die Spende der deutschen Schokoladenindustrie von 175 000 Kilogramm gezuckerten Schokoladenpulvers im Werte von 3 300 000 Mark. Der für das Hilfswerk erstrebte Sammelertrag von 50 Millionen Mark wird also voraussichtlich überschritten werden, zumal in einigen Landesstellen, wie Schlesien und Bayern, das Werk der Sammlung noch nicht abgeschlossen ist.

O Das Frankfurter Goethe-Museum in Gefahr. Die schlechten finanziellen Verhältnisse, in denen sich das Goethe-Museum in Frankfurt a. M. befindet, werden jetzt offiziell bestätigt. Der erste Vorsitzende des Verwaltungsrates veröffentlicht einen Hilferuf, damit Frankfurter Bürger sich in Massen als Mitglieder des Freien deutschen Hochschiffs anmelben.

O Eine Ausstellung von Rotgeld. Im holländischen Museum in Jena ist eine Ausstellung von Rotgeld aus allen Teilen Deutschlands und Österreichs eröffnet worden. Sie gewährt einen umfassenden Einblick in dieses Gebiet der Kriegsschöpfungen. Auch Hartgeld und Rotgeld aus dem Auslande ist vertreten.

O Ein Dorf in Flammen. In dem Schwarzwalddorf Sumbach bei Donaueschingen ist durch spielende Kinder ein furchtbarer Brand verursacht worden. Abgebrannt sind neben mehr als dreißig Wohngebäuden das Rathaus, das Schulhaus und ein größeres Gasthaus. Viele Bewohner sind obdachlos. Menschenleben scheinen nicht zu beklagen zu sein.

O Wieder ein reuiger Sünder. Bei der Direktion der Mindener Straßenbahn ging dieser Tage der Betrag von 10 Mark mit folgenden Begleitzeilen ein: „Einer, der vor zehn Jahren die Mindener Straßenbahn um 10 Pf. betrogen hat, sendet ihrer Nachfolgerin eine dem Balutaunterschied entsprechende Summe.“ Es gibt doch noch brave Menschen! Aber so groß, wie dieser vom „Gewissensbisse“ angegriffene Sünder meint, ist der Balutaunterschied denn schließlich doch nicht.

O Sünden der Weinpreise. Seit einer Meßung aus Frankfurt a. M. fallen die Weinpreise weiter, schon weil sich viele Winger nicht auf eine längere Lagerung der Reife eingelassen haben. Im Kreis Alzey ist mehrfach Wein zu 4000 bis 5000 Mark abgesetzt worden. In der letzten Woche wurden in Varenheim 1920er Weißweine waggonweise für 7000 Mark per Stück verkauft.

O Eine merkwürdige Drillinggeburt. Über einen besonders seltenen Fall einer Drillinggeburt berichtet das Statistische Amt der Stadt Berlin. Nachdem am 18. Januar d. J. einem Berliner Arbeiter Zwillinge — zwei Mädchen — geboren waren, besaßte ihn die Gattin am 9. März, also sieben Wochen später, wiederum mit einem Mädchen. Auch schon früher war die Ehe reich gezeugt, da ihr vor dieser Drillinggeburt bereits zehn Kinder entsprossen sind.

O Vierfacher Mord eines Familienvaters. In Rheinbach bei Bonn hat der Metzgermeister Hoernig seine Frau, seine beiden 19 und 7 Jahre alten Töchter und seinen 14-jährigen Sohn, während sie schliefen, mit dem Beil erschlagen. Er ist flüchtig. Die Beweggründe zur Tat sind unbekannt. Hoernig hatte seit einiger Zeit die Metzgerei ausgegeben und arbeitete als Lohnarbeiter.

O Deutsche Kriegskinder in Schweden. Etwa 4000 „Kriegskinder“ werden im bevorstehenden Sommer in Schweden untergebracht werden. Die meisten von diesen Kindern waren bereits in Schweden und sind nun wieder eingeladen. Die Hälfte sind deutsche, die andere Hälfte österreichische Kinder.

O Schiffszusammenstoß. Der amerikanische Passagierdampfer „Governor“ ist an der Küste des Staates Washington infolge eines Zusammenstoßes mit dem Frachtdampfer „Harland“ gesunken. Alle Passagiere sollen gerettet sein.

Der Doppelgänger des Herrn Emil Schnepfe.

Roman von Carl Schäfer.

Das alles war so schnell gegangen, so ganz ohne sein Zutun, daß Dorival die Sache kaum selbst begriff. Aber es war ihm schon recht, auf diese schnelle Art dem Schauspiel seiner Missetat entziehen zu können. Soviel war ihm sofort klar geworden: der Diener hatte den Pelzmantel seines Herrn erkannt und natürlich angenommen, daß in dem Mantel auch sein Herr steckte. Im übrigen hatte die zunehmende Dunkelheit des Spätnachmittags die Verwechslung begünstigt.

„Papa, ich habe ein furchtbar interessantes Abenteuer erlebt.“ hörte Dorival da dicht neben sich ein helles, kluges Stimmchen sagen und er fühlte, wie sich ein Arm zutraulich in den seinen schob.

Jetzt erst bemerkte Dorival, daß er nicht allein in dem dunklen Auto saß. Neben ihm saß ein junges Mädchen. Und dies Mädchen war, das erkannte er sofort an der Stimme, Ruth Rosenbergs.

Amer Dorival!

Seine Geistesgegenwart, die er bisher zu seinem eignen Erstaunen so vortrefflich gewahrt hatte, drohte ihn zu verlassen. Er hatte sich also den Pelzmantel und den Seidenhut des Konsuls Rosenberg angeeignet! Er saß in dessen Automobil! Neben Ruth, die sich an ihn schmiegte und nach seiner Hand tastete!

Er war zunächst seiner Antwort fähig. Das war zu viel. Die Kehle war ihm wie zugeschnürt. Das kleinste Wort konnte, mußte ihn verraten.

„Du bist wieder ganz in Gedanken, Papa.“ fuhr Ruth im Tone sanften Vorwurfs fort. „Hat dir der elende, gemeine Mensch wieder mit dem unglückseligen Brief gedroht? So laß doch jetzt einmal deine Sorgen beiseite und höre, was ich dir zu erzählen habe. Denk dir, ich habe den interessanten Spitzbuben wieder gesehen, der neulich in der Loge im Opernhaus saß und dort verhaftet wurde. Der Mensch muß furchtbar gerissen sein. Er ist damals der Polizei schnell wieder durchgewischt, denn ich sah ihn schon ein paar Tage später ganz gemütlich im Tiergarten spazieren gehen. Da hat mich der Frechling gegrüßt. Du weißt doch, ich habe es dir doch erzählt. Er stellte sich mitten in den Weg. Nachher traf ich den Polizeileutnant Schwarz. Einen Augenblick kam mir der Gedanke, den Spitzbuben zu verraten, aber dann sagte ich mir: Laß doch die Polizei allein ihre Spitzbuben fangen. Nicht wahr? Hab' ich nicht recht? Und heute sah er im Kaiserhof dicht neben uns. Erinnerst du dich des Herrn, der allein an einem Tisch saß? Der Oberkellner wollte uns an seinem Tisch unterbringen. Aber dagegen protestierte ich. Denke

dir, der Herr war der Spitzbube. Er sah ganz gut aus, nicht wahr, Vater? Eigentlich schade um den Menschen. Gleich, nachdem du fortgegangen warst, kam in den Fünfschritte ein Kriminalbeamter. Der hatte ihn sicher in das Hotel gehen lassen. Gerade, wie der Spitzbube bezahlen und weggehen wollte, wollte ihn der Kriminalbeamte verhaften. Aber weißt du, was er getan hat? Der hat dem Beamten eins mit der Faust ins Gesicht gegeben. Das war furchtbar grob, aber was sollte er tun? Verhaften wollte er sich doch nicht lassen. Und dann gab es eine große Aufregung und die hat er benutzt und hat sich gedrückt. Aber sein, sage ich dir, mit der größten Ruhe. Ich weiß, wohin er gegangen ist. Aber ich hab's nicht gesagt. Ein Schutzmann kam und wollte mich verhören. Da wurde mir die Sache zu bumm, und ich habe mich in unser Auto gesetzt und hier auf dich gewartet. Weißt du, was ich möchte? Ich möchte, er wüßte der Polizei wieder durch.“

Dorival war sprachlos.

Er spürte eine eigentümliche Leere im Schädel. Es war ihm zumute wie damals, als er in seiner Kadettenzeit in der Reitbahn mit dem Gaul gestürzt war und bei dieser passenden Gelegenheit mit ziemlichem Erfolg versucht hatte, mit seinem Kopf ein Loch in die Holzverkleidung der Reitbahnwand zu stoßen. Es war ihm alles furchtbar gleichgültig. Er fühlte sich nur wohl bumm. Auch war alles andere dumm, Menschen und Dinge, und im Besonderen besonders dumm erschien ihm ein gewisses Fräulein Ruth Rosenberg...

Die erkannte Geheimpolizisten auf den ersten Blick.

Die hielt ihn für Emil Schnepfe! Und diesen Emil Schnepfe bemitleidete sie! „Ja — wie blödsinnig das alles war — und wie wunderbar — und wie lustig...“

Als sie zu erzählen begonnen hatte, war das wie ein Hammerschlag gewesen, der ihn in den Zustand eines Blödsinnigen versetzte. Dann hörte er gedankenlos zu und beobachtete, wie das Auto über den Leipziger Platz, die Potsdamerstraße hinauf eilte, und in den Weg einbog, der am Lützower Ufer entlang führt. Außerdem fand er es fabelhaft schön, neben Ruth zu sitzen —

„Und was sagst du zu der Geschichte, Väterchen?“ fragte sie.

Da packte ihn der Galgenhumor. „Na — ich persönlich wünsche auch, daß der Spitzbube glatt durchkommt!“ sagte er.

Ruth rühte blühschnell von ihm ab und griff nach dem elektrischen Einschalter. Die elektrische Glühbirne an der Decke des Wagens leuchtete auf.

„Erschrecken Sie nicht, gnädiges Fräulein!“ sagte Dorival ernsthaft. „Ich tue Ihnen wirklich nichts zuleide.“

Ruth sah ihn mit weitauferstrennen Augen an. „Sie?“

„Ja, ich!“ Das junge Mädchen sagte sich schnell. Bewunderungswürdig schnell.

„Sie haben den Mantel meines Vaters angezogen. Sie stehlen also auch Mäntel?“ sagte sie streng. „Nur ausnahmsweise!“ versicherte Dorival. „Darf ich Ihnen meinen Namen nennen, gnädiges Fräulein? Darf ich diese blödsinnige Geschichte erklären?“

„Das ist nicht nötig.“ wehrte Ruth ab. „Ich kenne Sie! Als Sie im Opernhaus verhaftet wurden, sahen Sie neben meiner Schwester und meinem Schwager. Denen hat später der Logenschlichter erzählt, wer Sie sind. Sie werden jetzt sofort aussteigen!“

Sie drückte auf den kleinen Gummiball der Peise, die dem Fahrer das Signal zum Halten gab. Der Wagen war dicht bei an die Korneliusbrücke gelangt und hielt dicht am Randstein des Bürgersteigs.

Dorival hatte Humor.

„Der Seidenhut wird voraussichtlich auch Ihrem Vater gehören.“ sagte er. „Darf ich ihn mit dem Mantel in Ihre Wohnung schicken? Oder bestehen Sie darauf, daß ich mich hier der Sachen entledige?“

Ruth zögerte.

„Sie würden mich zu Dank verpflichten.“ fuhr Dorival fort. „wenn Sie mir Mantel und Hut noch ein halbes Stündchen leihen wollten. Ich bitte darum!“

„Aber der Mantel hat zweitausend Mark gekostet. Sie werden ihn gewiß nicht zurückgeben?“

Auf Ehrenwort!

Ruth lächelte.

„Das scheint mir ein schlechtes Unterpfand zu sein.“ meinte sie listig. „Aber ich will Ihnen keine Verlegenheit bereiten. Steigen Sie hier an der anderen Seite aus. Der Diener braucht Sie nicht zu sehen. Doch da fällt mir ein, Sie wissen ja meine Adresse gar nicht —“

Sie kramte in ihrem Täschchen, suchte ein Besuchsärtchen hervor und überlegte es sich dann anders:

„Schreiben Sie sich meine Adresse auf!“

„Genügt es, wenn ich Hut und Mantel an Herrn Kommerzienrat Rosenberg, Konsul der Republik Costalinda, wohnhaft im Grunewald, Königsallee 211, sende?“

„Sie kennen unsere Adresse?“ staunte Ruth. „Wie merkwürdig! Aber nun geben Sie.“

„Ach geborche!“

Dorival ergriff ihre Hand und führte sie an seine Lippen. Sie ließ es geschehen.

„Ach bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Unterstützung bei meiner Flucht!“ sagte er.

(Fortsetzung folgt.)

Für die Landwirtschaft.

Landfchwein und Edelschwein.

Unsere Abbildungen zeigen zwei Extreme des Schweinekörpers. Zuerst sehen wir das hannoversche Landfchwein: Langgestreckter Körper, hohe Beine, gerader Rücken, schmaler Kopf mit langem Nüssel. Der Esser-Eber, den wir an zweiter Stelle abbilden, ist fast in allen Stücken das genaue Gegenbeispiel: Kleiner, kurzer Kopf mit sogenannter Wopschnauze, walzenförmiger Leib mit runden Rücken und kurze Beine. Auch in der Behaarung ist ein augenfälliger Unterschied: das Landfchwein hat kurze Borsten, das Edelschwein neigt bei seiner Behaarung zur Kahlheit. Alles dieses sind grundsätzliche Unterschiede zwischen Land- und Edelschwein. Die Farbunterschiede dagegen, die unsere Abbildungen andeuten, kommen erst in zweiter Linie in Betracht. Das hannoversche Landfchwein zeigt bei weißer Grundfarbe schwarzen Kopf und Hals und schwarze Scheibe am Hinterleib. Der Esser-Eber dagegen ist meist einfarbig, gelbbraunlich schwarz. Doch gibt es auch anders gefärbte, weiße oder bunte Edelschweine, und nicht weniger verschieden ist die Farbe der Landfchweine. Davon abgesehen, kennzeichnen die beiden Typen, die wir darstellen, recht gut die verschiedenen Wurzeln unserer heutigen Schweinezucht, die europäische und die asiatische. Das Landfchwein in seinen verschiedenen Schlägen ist bodenständig und stammt von dem Wildschwein ab. Schon zur Zeit der Pfahlbauten war es ein verbreitetes, weitgehend domestiziertes Haustier. Die Edelschweine aber, ebenso wie wahrscheinlich die romanischen Schweine (Neapolitaner), stammen von dem chinesischen (indischen) Schwein ab. Beide haben ihre Vorzüge und Nachteile. Frühreife und schneller Mastfähigkeit, feinem Knochenbau und schöner Körperform stehen auf der einen Seite festeres Fleisch, Dürbheit, größere Widerstandsfähigkeit, bessere Spedqualität und sichere Zuchtergebnisse gegenüber. Die Edelschweinezucht hat in England ihre höchste Bedeutung erlangt, und die Esser-Rasse ist ein Beispiel, wie bei der Heranzüchtung vorgegangen wurde. Lord Essex kreuzte nämlich seine englischen Landfchweine mit chinesischen, dann das Kreuzungsprodukt mit einem neapolitanischen Eber. Später wurde die Rasse von anderen Züchtern weitergebildet, doch ist ihre Bedeutung jetzt gegenüber anderen englischen Edelschweinzüchtungen zurückgetreten. Andererseits ist die Haltung von Landfchweinen vielfach unrentabel geworden, da ihr festes Fleisch und ihr kernige Speck nicht mehr überall die verdiente Schätzung finden, die den Züchter für die aerinäre Schmelzwirtschaft auszeichnen.



Esser-Eber.

über den veredelten Rassen entscheidend könnte. Deshalb ist es seit langem das erfolgreiche Bestreben bedeutender einheimischer Züchter gewesen, die besten Eigenschaften von Land- und Edelschweinen zu vereinen und dabei nach Möglichkeit die beiderseitigen Fehler zu beseitigen. Diese Aufgabe darf durch die Heranzüchtung des deutschen veredelten Landfchweines in glänzender Weise als gelöst betrachtet werden. Wie es in seiner äußeren Erscheinung die richtige Mitte zwischen den beiden abgebildeten Extremen hält, so stellt auch sein wirtschaftlicher Nutzen eine hervorragende Addition der beiderseitigen Vorzüge dar. Dem veredelten deutschen Landfchwein gehört daher auch dort, wo es sich bis jetzt erst langsam einbürgert, die Zukunft.



Hannoversches Landfchwein.

Das Eggen der Winterfaaten.

Das im Frühjahr vorgenommene Eggen der Winterfaaten ist ein bekanntes und bewährtes Verfahren, um die Lebensfähigkeit und Wachstumsenergie der Pflanzen anzuregen. Beides wird dadurch erzielt, daß die physikalischen Zustände des Ackerbodens, welche sich während des Winters ungünstig verändern, verbessert werden. Das Eggen wird meistens nur beim Weizen, seltener beim Roggen vorgenommen. Letzterer erträgt diese Maßnahme infolge seiner flacheren Verwurzelung weniger gut. Durch das Eggen werden folgende Vorteile erzielt:

1. Aufschluß des Bodens.
2. Vertilgung der Unkräuter.
3. Anregung zur Befruchtung.
4. Verdünnung der Saat.

Während des Winters verliert der Boden durch die Einwirkung der Feuchtigkeit oft seinen für den gesunden Pflanzenwuchs notwendigen lockeren Zustand. Er setzt sich zusammen, verschlämmt an der Oberfläche und gestattet nicht das zum Stoffumsatz erforderliche Eintreten des atmosphärischen Sauerstoffs. Diesem Uebelstande wird durch die Eggen abgeholfen. Dabei werden die Unkräuter, welche sich zwischen den jungen Saatpflanzen oder den Drilzreihen angesammelt haben, zerstört. Für die meisten Fälle ist es ratsam, sich einer schwereren, tief in den Boden eingreifenden Egge mit langen Haken zu bedienen, nur dadurch ist diese Maßnahme überhaupt von Erfolg. Die häufige Befürchtung, daß die junge Saat durch eine Egge der angebotenen Art zu sehr leide, ist unbegründet, denn die Pflanzenwurzeln, namentlich die des Weizens, gehen tiefer in den Boden als die der Unkräuter und werden deshalb weniger beschädigt als letztere. Zu leichte Eggen schleppen über den Boden hin, verletzen die oberirdischen Blattorgane, ohne den gewünschten Vorteil, das Aufschließen des Bodens und Vernichten bzw. Auswachen der Unkräuter zu erwirken.

Neueste Meldungen.

Deutsche Wiedereingliederung Briants.
Berlin. Die halbamtlich verlautet, wird die Reichsregierung auf die Drohrede Briants eine öffentliche Kundgebung erlassen, in der auf Grund einwandfreien Tatsachenmaterials die französische Behauptung widerlegt wird, Deutschland habe Amerika in der Wiedereingliederungsfrage irreführt.

Borgen für ein Kommunistenblatt.
Essen. Das hiesige Kommunistenblatt „Das Ruhrroth“, das vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar auf acht Tage verboten worden war, weil es am Osterdienstag trotz des Ausnahmezustandes erneut zu Kundgebungen aufgefordert hatte, ist wieder erschienen. Es steht unter Zensur, die ihm die ganze erste Seite, einen Ausruf der R. P. D., gestrichen hatte, so daß nur die Hälfte, außerdem enthält es sechs weitere weiße Seiten, so in seinem Bericht über die Befahrung der Toten am Ostermontag.

Das Großfeuer in Tangermünde.
Magdeburg. Über das Großfeuer in der Juckerstrasse Tangermünde wird gemeldet: Der in den oberen Stockwerken entstandene Brand betraf das Werk in voller Arbeit. Die Arbeiter konnten flüchten. Böllig zerstört sind zwei Fabriken. Das Knochenmehlwerk ist niedergebrannt. Die Entzündungsursache des Brandes wird in der Selbstentzündung von Mehlstaub gesucht. Der Betrieb der Fabrik ruht in der Hauptsache. Die Juckerstrasse in Tangermünde ist eine der größten Anlagen des europäischen Zellulose- und beschäftigt 1400 bis 1500 Arbeiter.

Steiermark will zu Deutschland.
Graz. Die Großdeutschen Steiermärker brachten einen Antrag ein, worin die Übernahme der Volksstimme in Steiermark über die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich für den 29. Mai verlangt wird.

Eine neue Wladode gefant?
Prag. Wie die Tageszeitung „Prager Presse“ aus unterrichteten französischen parlamentarischen Kreisen erfährt, stellt die Rede Briants eine ernste Warnung an Deutschland dar. Es seien neue weitere Schritte und Maßnahmen gegen Deutschland in Vorbereitung, deren schwere Wirkungen nicht unterschätzt werden dürfen. In eingeweihten Kreisen spreche man von einer neuen Wladode, doch seien auch andere Maßregeln aller Art in Vorbereitung.

Proteste gegen die letzte Politik Englands.
London. Der Erzbischof von Westminster, Cardinal Bourne, hat in einem Brief an Lloyd George gegen das Vorgehen der Regierungstruppen in Irland protestiert. Es heißt in dem Schreiben: „Unsere Bischöfe haben diese Woche ihre alljährliche Zusammenkunft abgehalten, und ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, daß sie über die Lage in Irland im höchsten Maße besorgt sind. Im Zusammenhang damit sind wir überzeugt, daß viel getan werden könnte, um ein gutes Einvernehmen herbeizuführen und Ordnung und Gesetz wiederherzustellen, wenn die Militärtruppen ohne Zögern aus Irland entfernt würden. Jede Woche verflüchtigt nur die Schwierigkeit der Lage.“ 27 Professoren und Vektoren der Universität Wales veröffentlichen einen Protest gegen die Taten der britischen Regierung und ihrer Agenten in Irland.

Arbeitslosigkeit in Spanien.
Madrid. In Barcelona mußten 140 Fabriken, die 20000 Arbeiter beschäftigten, geschlossen werden. Weitere 420 Fabriken mit insgesamt 50000 Arbeitern in die Arbeitslosigkeit auf die Hälfte bezug.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Eine Konferenz der europäischen Großmächte in Washington.
London, 8. April. (tu.) Der New Yorker Korrespondent der „Times“ berichtet, daß Präsident Harding demnächst die europäischen Großmächte zu einer Konferenz einladen wird, die im Sommer in Washington stattfinden wird und auf der folgende Punkte verhandelt werden sollen. Die Interalliierten sollen Amerika gegenüber die Frage der Wechselkurse regeln, die Frage der deutschen Entschädigung und die Frage der Beteiligung des interalliierten Handels. Frankreich, England, Italien, Japan und Deutschland werden eingeladen, besondere Sachverständige zu dieser Konferenz zu entsenden.

Die Verhandlungen mit den englischen Bergarbeitern gescheitert.
London, 8. April. (tu.) Lloyd George hat im Unterhaus von dem Scheitern der Verhandlungen mit den Bergarbeitern Mitteilung gemacht. Er fügte hinzu, daß es erneut erwiesen sei, daß die Bergarbeiterverbände für keine Regelung zu haben seien, bei der nicht alle ihre Forderungen erfüllt werden.

London, 8. April. (tu.) Man nimmt an, daß die Trippel-Allianz der englischen Eisenbahner und Transportarbeiter die allgemeine Einstellung der Arbeit für Sonntag um Mitternacht anordnen wird, wenn bis dahin keine Aenderung in der Lage eingetreten ist.

Die Struben ihrem Schicksal überlassen.
London, 8. April. (tu.) Reuters meldet: Die Freiwilligen sind gestern aus den Bergwerken in Lancashire abgerufen worden. Die Bergwerke bleiben ihrem Schicksal überlassen. Die Abberufung erfolgt, da seitens der streikenden Bergleute Ausschreitungen gegen die Kohlenarbeiter begannen.

Zunahme des Bauernaufstandes in Rußland.
Kopenhagen, 8. April. (tu.) Aus Rußland treffen Nachrichten ein, daß die Bauernzunahme an Heftigkeit zunehmen. Zwischen dem Dnepr und Dnepper herrscht heller Aufruhr gegen die Bolschewisten. Aus Moskau kommt die Meldung, daß zur Zeit ein Erlaß vorbereitet wird, der das Aufheben der Nationalisierung der Fabriken vorseht.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 8. April.

Eine Erklärung der sächsischen Regierung zu den kommunistischen Gewalttaten.

— Landtag. Zu Beginn der heutigen Sitzung gab Ministerpräsident Bud namens der Regierung eine Erklärung ab, in der er zunächst feststellte, daß die in den letzten Wochen in Sachsen und anderen Teilen des Deutschen Reiches verübten Putsch- und verbrecherischen Gewalttate auf das Verhalten der kommunistischen Partei und ihrer Presse zurückzuführen seien. Die Gleichzeitigkeit und Gleichartigkeit der Verbrechen bewiesen, daß durch planmäßiges und gewaltsames Vorgehen der Sturz der bestehenden Verfassung erreicht und die Gewalt Herrschaft einer Rinderheit ausgerufen werden sollten. Die Errichtung von Sondergerichten sei nicht auf die sächsische Regierung, sondern auf die Reichsregierung zurückzuführen, und die sächsische Regierung habe ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß die Errichtung solcher Gerichte nur zur Entlastung des Reichsgerichts und keinesfalls für sämtliche sächsischen Landgerichtsbezirke für notwendig erachtet werden könne. Die Regierung erwarte, daß bei den Verhandlungen die Gerichte streng sachlich die ihnen

gewordenen Aufgaben erledigen und keinen Anlaß zu einem Vorwurf geben, Tendenz- oder Klassenurteile zu fällen. Die Regierung verlange nicht, daß die wirtschaftlichen Nöte, das steigende Elend und Beunruhigung durch reaktionäre Bestimmungen und Handlungen eine Stimmung in der Bevölkerung erzeugt hätten, die für solche Gewalttate einen fruchtbareren Boden schaffen. Die Erklärung wurde fast vom ganzen Hause mit eifrigem Schweigen aufgenommen, nur aus den Reihen der Reichstagssozialisten heraus wurde ein schüchtern Versuch, Zustimmung zu äußern, bemerkbar.

Hierauf begründeten die Abgeordneten Weder (Unabh.), Claus (Demokrat), Schürch (Unabh.) und (Zipsel (Kommunist) die vorliegenden Anfragen und Anträge, die sich im besonderen gegen die Sondergerichte wenden. Minister des Innern, Lipinski, nimmt hierauf das Wort, um zunächst in langen Ausführungen über die Arbeitslosigkeit, über den Krieg und seine Folgen und über die Justizentscheidungen der letzten Zeit zu sprechen. Er geht im weiteren auf die einzelnen Vorgänge ein, stellt dabei fest, daß aus dem Geständnis eines der in Untersuchungshaft befindlichen Attentäter hervorgegangen sei, daß die Attentate in Sachsen auch planmäßig von der Leitung der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands vorbereitet worden seien. Zu dem Antrag der bürgerlichen Parteien erklärte der Minister, daß er ihn ablehnen müsse, weil er nicht die Verfassung inibieren könne. Abg. Birch (Soz.): Die zweite Revolution sei von der kommunistischen Partei schon längst für dieses Frühjahr vorbereitet worden. Die Rechtsparteien seien es, die den Nährboden geschaffen hätten, auf dem sich die Dinge, wie sie sich in Mitteldeutschland und Sachsen ereignet haben, entwickeln konnten. Justizminister Dr. Hornisch vertritt sich für die rechtlichen Grundlagen der Sondergerichte. Der Reichspräsident sei auf Grund von Artikel 48 der Reichsverfassung berechtigt, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des geltenden Strafrechts zu treffen. Dazu sei nichts besser geeignet, als schnelle Justiz, und solcher schnellen Justiz sollten die Sondergerichte dienen. Abg. Beutler (Deutschnational) begründet den Antrag der bürgerlichen Parteien und wendet sich zu den Behauptungen der Sozialdemokraten, daß die Rechtsparteien den Nährboden für die letzten Verbrechen geschaffen hätten. Redner stellt die Frage auf, ob von der Regierung genügend Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden seien, um Bergwerke und Dynamitfabriken so zu überwachen, daß aus ihnen nicht ein jeder Verkehr mit Sprengmitteln zu verbrecherischen Zwecken entstehen könne. Zum Schluß erklärt der Redner, daß seine Partei von der Regierung erwarte, daß sie dem Fortschreiten der Revolution bis zum Sowjetrußland herunter endlich einen wirksamen Damm entgegensetze. — Abg. Siwert (Komm.) versucht in einer stundenlangen Rede, die Kommunisten von der Schuld an den Vorgängen in Mitteldeutschland und Sachsen frei zu sprechen. Er spricht über die Ursachen zum Weltkrieg, über Rapp und Sinnes, denen er eben auch, wie den Arbeiterverbänden im allgemeinen die Schuld zuschreiben versucht. Weiter erklärt der Redner, daß seine Partei kein Interesse daran habe, die gegenwärtige Regierung jetzt sterben zu lassen. — Abg. Blüher (D. Sp.): Von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen seien sich im Hause alle einig darüber, daß die Kommunisten die moralisch und rechtlich Verurteilten sind. Die Regierungserklärung gebe keine klare Stellungnahme zu den Sondergerichten. Nicht einverstanden sei er mit dem Schluß der Regierungserklärung, die die wirtschaftlichen Nöte als die Ursache der Vorgänge der letzten Wochen darzustellen sich bemüht. Im Interesse der historischen Wahrheit müsse festgestellt werden, daß die planmäßig in russischem Sinne betriebene Verbeugung die Schuld trägt. Zum Schluß spricht sich der Redner noch entschieden gegen den Amnestiegesetzentwurf aus. — In vorgerückter Stunde spricht vor leeren Bänken in stundenlangen Ausführungen der unabhängige Abgeordnete Schürch. Nachdem noch die Minister Bud und Lipinski gesprochen, bringt der Abg. Hellisch (Soz.) plötzlich den Antrag auf Vertagung der Abstimmung ein. — Abg. Dr. Wagner (Unabh.) widerspricht diesem Antrage! Die Sozialdemokraten versuchen darauf, das Haus beschlußunfähig zu machen. Von den Sozialdemokraten bleiben aber 4 Abgeordnete im Saale, jedoch bei 50 Stimmen die Beschlußfähigkeit festgestellt ist. Infolgedessen wird dann der Antrag Hofmann, Blüher, Dr. Geysert angenommen: „Der Landtag verurteilt aus schärfster die verbrecherischen kommunistischen Gewalttaten. Er erwartet von der Regierung, daß sie mit allen gesetzlichen Mitteln den Vorbereitungen weiterer Gewalttaten rechtzeitig und nachdrücklich entgegentritt und daß sie insbesondere auch die zu neuen Gewalttaten und strafbaren Handlungen auffordernden Preis-Erzeugnisse mit allen gesetzlichen Mitteln unterbricht.“ — Ein Antrag der Unabhängigen auf Beseitigung des Sondergerichts und dann auch die ganze Amnestievorlage wurden abgelehnt.

— Ende der sächsischen Regierungskrise? In unterrichteten Landtagskreisen verlautet, daß innerhalb der drei sozialistischen Parteien eine Vertändigung erzielt worden ist, jedoch man annimmt, daß die Regierungskrise zunächst wieder für einige Zeit beendigt ist.

— Der Himmel zeigte heute ein trübes Gesicht, jedoch zur Beobachtung der in der Zeit von 8—11 Uhr stattfindenden Sonnenfinsternis keine Gelegenheit geboten war.

— Für Dresden — gegen Reichen. Nach ausführlichen Darlegungen des Für und Wider durch Herrn Parteisekretär Bombach nahm eine am Montag im „Adler“ tagende gutbesuchte Vollversammlung der Gewerkschaften einstimmig die folgende Resolution an: „Die am 4. April im Weichen Adler zu Wilsdruff tagende große Vollversammlung aller Gewerkschaften im Bereich des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff nahm Stellung zu dem Plan einer Umbezirkung des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff in die Amtshauptmannschaft Dresden-L. Die Vollversammlung begrüßt die Bestrebungen, die den Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff in die Amtshauptmannschaft Dresden-L. angliedern will, da der Bezirk Wilsdruff schon immer in seinem überwiegenden Teile wirtschaftlich, verkehrstechnisch und geographisch aufs engste mit dem Dresdner Gebiet verknüpft ist. Es wird erwartet, daß die zuständigen Oberbehörden ohne Rücksicht auf parteipolitische Bestrebungen alles tun, um diese Entwicklung zu fördern, gegebenenfalls durch eine Angliederung des Bezirks Wilsdruff an einen Dresdner Bezirk.“ — In derselben Versammlung wurde einstimmig die Gründung eines Gewerkschaftsrates, dem sämtliche freien Gewerkschaften angehören, beschlossen.

— Militärverein. Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß morgen Sonnabend 8 Uhr Monatsversammlung mit Vortrag stattfindet.

— Neue Beschränkungen im kleinen Grenzverkehr. Recht wonfelmäßig ist die Tschecho-Slowakei in Bezug auf den Grenzverkehr. Erst durfte jeder ein Kilogramm Fleisch mit über die Grenze herüberbringen; vor wenigen Tagen wurde die Ausfuhr von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen noch wesentlich erleichtert, jetzt ist diese plötzlich im kleinen Grenzverkehr gänzlich untersagt worden, angeblich, weil die Bewohner der sächsischen Grenzorte allzu reichlich von der Berganfuhr Gebrauch machten. Auch die Postkontrolle wird strenger durchgeführt.

— Vom Reichstagsbuch wird am 1. Juli eine neue Ausgabe zum Preise von 32 M. erscheinen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und bestellende Boten entgegen.

□ Falsche Reichsbanknoten zu 1000 Mark. Von der Ende Juli v. J. bekanntgegebenen Fälschung der Reichsbanknoten zu 1000 Mark vom 21. 4. 1910 kommen in letzter Zeit häufiger Exemplare vor, deren Kennzeichen deshalb nachsichtig in Erinnerung gebracht werden: Die Fälschungen sind unter Zuhilfenahme der Photographie im Lichtdruck hergestellt und daher einer Photographie ähnlich. Trotz getrennter Wiedergabe treten die Einzelheiten der Zeichnung nicht in der Schärfe echter Noten hervor. Das Papier ist in Stärke und Griff abweichend. Der sonst einwirkte Fasertreife ist durch aufgestreute und scharf angepreßte gefärbte Fasern, teilweise auch durch Ausdruck einer grünlichen, verlaufenden Färbung mit eingezeichneten Strichen (Fasern darstellend) vorgefälscht. Unter den Fasertreife sind Spuren von Farbstoffübertragungen (bläulich gefärbt) sichtbar. Nummern und Stempel sind in gelblich grüner und auch roter Färbung aufgebracht. Die Stempel, teilweise von auffallend geringer Färbung, zeigen außerdem ein von den echten abweichendes Bild des Adlers. Das Reichsbank-Direktorium warnt vor Annahme obiger Nachbildungen, die bei einiger Aufmerksamkeit nicht übersehen werden können, und empfiehlt dem Publikum erneut, zur Vermeidung von Verlusten, sich das Bild der echten Noten anzusehen und einzuprägen.

□ Deutscher Postpaterverkehr nach Italien. In Fortsetzung der vom Auswärtigen Amt mit den italienischen zuständigen Stellen bezüglich des Postpaterverkehrs nach Italien eingeleiteten Verhandlungen ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß Postpakete aus Deutschland mit einführverbotenem Inhalt nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen in Italien bis auf weiteres ohne Verbringung einer Einfuhrbewilligung zugelassen werden. Die gegenwärtig bestehende Sperre des Postpaterverkehrs ist lediglich infolge des großen Andranges solcher Sendungen bei den italienischen Grenzstationen angeordnet worden. Nach Überwindung dieser technischen Schwierigkeiten werden von italienischer Seite voraussichtlich in einigen Tagen entsprechende Weisungen an die Grenzstationen erlassen werden.

— Blankenstein. Die Wiederholung des „Niedertranz“-Konzertes findet morgen Sonnabend, nicht wie irrthümlich berichtet wurde, am Sonntag statt.

— Jittau. Der Volker Paul Schmidt ist nicht, wie man erst annahm, beim Schmelzen nachts von einem Grenzjäger erschossen worden, sondern es hat sich herausgestellt, daß er einem vorbereiteten Morde zum Opfer gefallen ist. Die Verhaftung der Verdächtigen ist bereits erfolgt.

— Chemnitz. Am Mittwoch früh verunglückte auf der Zwidauer Straße ein Radfahrer dadurch tödlich, daß er mit einem ihm entgegenkommenden Radfahrer ungefähr 2 Meter vor einem Straßenbahnwagen zusammen stieß, vom Rabe stürzte und quer vor den Wagen zu liegen kam. Der Radler wurde eine kurze Strecke geschleift und konnte nur von der zur Hilfe herbeigerufenen Feuerwehr durch Hochwinden des Wagens als Leiche aus seiner Lage befreit werden. Der Verunglückte ist der 20 Jahre alte Werkzeugdreher Ernst Bernthaus in Chemnitz.

— Reichenbach. Unsere Stadtvertretung scheut vor keinen Selbstkosten zurück, wenn es gilt, die körperliche Erziehung der Jugend zu pflegen. Nachdem sie im Vorjahre einer pflichtmäßigen Spielfunde für alle Klassen der Volksschule zugestimmt hat, soll Ostern 1921 das Schwimmen als Pflichtfach der Volksschule eingeführt werden.

— Treuen I. B. Auf dem Heimwege wurde der erwachsene Sohn des Fleischermeisters Schneider hier zwischen Thohsoll und Gospersgrün früh in der dritten Stunde von einem unbekanntem Mann überfallen, der ihm einen Revolver auf die Brust setzte. Der Angegriffene schlug seinem Gegner mit dem Stock über den Kopf, mußte aber dann flüchten, weil ihm der Stock

entfiel, und wurde von einer ihm nachgefeuerten Kugel getroffen, die den linken Unterschenkel durchschlug.

Schöffengericht Wilsdruff.
Sitzung am 7. April 1921.

Verhandlungsleiter: Herr Gerichtsrat Dr. Schaller;
Schöffen: Die Herren Buchhalter Rudolf Grubler und Maschinenarbeiter Hermann Scheibe.

Sechs Wilsdruffer Tischlereifabrikanten hatten Strafbefehle von 200 bzw. 60 M erhalten, weil die vorgeschriebene neue Arbeitsordnung nicht rechtzeitig eingeführt und zum Ausbhang gebracht worden war. Hiernach lag ebenfalls die Nichtbeachtung einer Bekanntmachung des hiesigen Stadtrats als ein Vergehen gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Betriebsratsgesetzes vor. Nach langen, interessanten Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entschied das Schöffengericht, daß die Berufung zu verwerfen sei und es bei der aufgeworfenen Strafe zu bewenden hätte. Von der Verteidigung wurde namentlich hervorgehoben, daß in einem in Frage kommenden Punkte das neue Betriebsratsgesetz in seiner Ausführung noch Zweifel lasse und durch die Praxis auf Abänderung des Gesetzes zugeworfen werden müsse. — Der Kohlenarbeiter R. in Senftenberg war wegen Diebstahls von 7 Zentnern Getreide von den Helfern der Rittergüter Münzig und Rothschönberg zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt und hatte gegen die Höhe des Strafmaßes Berufung eingelegt. In Rücksicht darauf, daß der Angeklagte noch nicht verurteilt war und nur Beihilfe zum Diebstahl vorlag, setzte das Gericht die Strafe auf 10 Tage Gefängnis und Tragung der Kosten herab. — Dem Handelsmann B. in B., jetzt in Großvoigtsberg, war zur Last gelegt, in zwei Fällen ohne behördliche Genehmigung Großhandelsgeschäfte betrieben zu haben. Gegen die verhängte Strafe von 200 M erhob derselbe mit Erfolg Einspruch. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil nur Geschäfte im Zwischenhandel vorlägen, zu denen er berechtigt war. — Dem Bahnarbeiter R. in St. wurde zur Last gelegt, die Gutsbesitzer A. und L. in St. beschuldigt zu haben, sie hätten Weizen den Zentner für 400 bis 500 M verkauft und anschließend daran die Drohung ausgesprochen, der eine müsse an den Baum gehängt und der andere erschossen werden. Da sich die Behauptung als grundlos erwies, erfolgte wegen verleumderischer Beleidigung eine Verurteilung mit einer Woche Gefängnis unter Berücksichtigung mildernder Umstände, da der Angeklagte bisher unbestraft war.

Eingelant.

Für diese Rubrik übernehmen wir nur die preisgelegliche Verantwortung.

Ein Sportplatz — eine Notwendigkeit!

Es ist gut um ein Volk bestellt, wenn sein junges Geschlecht Sport und Spiel betreibt, Körperpflege und Körperkultur auf seinen verschiedensten Gebieten. Wer freut sich wohl nicht, wenn sich gerade die Jugend, die fast ausnahmslos schwer unter den verhängnisvollen Wirkungen des Krieges gelitten hat, in friedlichem Spiel, in sportlicher Arbeit betätigt. Es gilt, nachzuholen, die entnervten Körper zu stärken. Es ist wohl überflüssig, auf den Wert vernünftig betriebener Leibesübungen hinzuweisen. — Wohl in keiner Stadt, keinem Ort, wo sich ein Turn- oder Sportverein befindet, wird man sich dem Drange nach Betätigung an der frischen Luft verschließen; heraus aus den staubgefüllten, mit Basillen durchschwängerten Hallen. Das Ideal eines Vereins ist nun wohl ein Sportplatz. Schon die mächtig aufwärts strebende Turnspielbewegung verlangt gebieterisch danach. Mit berechtigtem Reiz schaut der Großstädter hinaus auf die Landorte, wo seinen gleichgesinnsten Spielkameraden viel mehr Gelegenheit zur Kräftigung seines Körpers geboten ist. Auch in dem an der Peripherie der Großstadt gelegenen Wilsdruff ist

diese Frage eine brennende geworden. Der von den Turnvereinen benötigte Spielplatz am Schützenhaus genügt den modernen Anforderungen an Größe und Beschaffenheit nicht. Die letzten Wettspiele in Schlag- und Korbball, die Dresdener Mannschaften dort ausgetragen hatten, bewiesen zur Genüge die Unzulänglichkeit der dortigen Anlage. Der Platz genügt wohl für ein Fußballspiel oder zum Trainieren, aber die Ausmaße der schon oben bezeichneten Turnspiele, die sich einer immer mehr steigenden Beliebtheit erfreuen, bedingen ein viel größeres Gelände. Ein weiterer Uebelstand, der schon unnötig viel Verdruß und Proteste zur Folge hatte, ist der hart vorbeistreichende Bach. Ganz abgesehen von oft recht unliebsamen Verletzungen ist es durch das öftere Hineinfallen eines Volkes bewirkte schnellere Abnutzung des Spielgerätes, die unangenehm wirkt.

Man fragt sich: Sollte es in dem so herrlich gelegenen Wilsdruff kein anderes Fleckchen Erde geben, das geeignet erschiene, den geschilberten Anforderungen Rechnung zu tragen? Weiter soll hier noch gar nicht die Frage aufgeworfen werden, wie man sich dazu stellen würde, wenn auch das zur Zeit populärste Spiel, das Fußballspiel in Wilsdruff Eingang fände. Es wäre verfehlt, hier in Engstirnigkeit zu verharren. Es muß wiederholt werden: Wie muß sich der Großstädter meist mit fargen unzulänglichen Anlagen begnügen, nur, um sich nach des Tages Arbeit in frühlichem Spiel oder sportlicher Betätigung tummeln zu können. In einer so blühenden Gemeinde wie Wilsdruff muß diesem naturnotwendigen Streben noch viel eher nachgegeben werden. Man kann auch nicht der Ueberzeugung sein, daß sich die Stadtväter dieser Bewegung hinderlich in den Weg stellen würden. Schon in vielen Gemeinden hat die Ueberzeugung der Notwendigkeit einer großzügigen Sportplatzanlage durchgerungen. Mögen diese wenigen Zeilen dazu beitragen, daß Wilsdruff bald unter die Orte zu reihen ist, die in Erkennung der dringenden Notwendigkeit sich einen muster-gültigen Sportplatz angeschafft haben, zum Nutzen und Frommen des Volksganges.

Kirchennachrichten — Misericordias Dom.

Predigtort: Joh. 10, 12—16.
Wilsdruff.
Form. 8 Uhr Beichte und hl. Abendmahl. — Form. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 1 Uhr Christenlehre für die konf. weibl. Jugend. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Abends 7,30 Uhr Jungmännerverein (Tonhalle).
Grumbach.
Form. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 1 Uhr Unterredung mit der konfirmierten Jugend.
Kesselsdorf.
Form. 8 Uhr Beichte (P. Zacharias). — Form. 8,30 Uhr Predigt (P. Heber). — Form. 10 Uhr Kindergottesdienst (M. Heber). — Nachm. 2 Uhr Taufen. — Nachm. 1,30 Uhr Jungfrauenverein.
Limbach.
Sonabend 7,30 Uhr abends Kirchl. Familienabend. Vortrag von Fr. Weber über „Annerer Mission und ihre Not“. — Form. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. Darnach Kindergottesdienst.
Sora.
Form. 8 Uhr Beichte und hl. Abendmahl. — Form. 8,30 Uhr Hauptgottesdienst. — Nachm. 1,30 Uhr Kriegerehrenmalweibgottesdienst. Kirchennußf. 1. „Totenlage“ von Franziskus Nagler für gemischten Chor. 2. „Den Gefallenen“ von Winter, gesungen von Frau Schönhalz und Fr. Ute Vogel.
Blankenstein.
Form. 8,30 Uhr Lesegottesdienst.

Gasthof Blankenstein.
Sonntag den 10. April
feiner Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein 2223 Max Richter.

Samen!
Sämtliche
Garten- und Feldsämereien
empfehle ich in Ia guten keimkräftigen Qualitäten zum billigsten Preis
Paul Lauer, am Markt.

Briketts
werden durch mein Lastauto ab Schacht angefahren
Holm Herrmann, Meißen, Nassauweg 3. Fernruf 540.

Zeltbahnhojen
Größe 7—12, 25 Mark,
Stoff- u. Arbeitshojen, Bürschen- und Herren-Anzüge
2282 von 270—475 M. verkauft
Barth, Freiburger Straße

Herrschaftl. Grundstück
(mögl. beziehb.) bald zu kaufen gesucht. Angeb. mit ausf. B. schreib. unter N. 521 „Stella“, Ann.-Exp., Hannover, Gd.-str. 15. 2285

23000 Mk.
weil innerhalb d. Brandkasse a. Zinshaus in Meißen für sofort gesucht. Angebote unt. N. 3 845 an Annoncen-Exp. Fr. Gilmann, Meißen erb.

Hund zu verkaufen. 2287 Wo? zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Verein f. Natur- u. Heimatkunde
Sonabend den 9. April nachm. 4 Uhr im „Adler“
Vortrag:
Oberl. O. Wörtsch-Dresden:
Unsere Heimat im Kartenbild (mit reichhaltiger Ausstellung)
Sonabend den 30. April im „Löwen“: 21-Jahr-Feier.
2280 Käbne.

Militärverein
Heute Sonnabend 2287
Vortrag.
Warne hierdurch jedermann, Lügen über mich zu verbreiten, da ich jeden gerichtlich belangen werde.
Paul Jilgen, Kaufbach.

Der springende
Punkt für den geschäftlichen Erfolg ist das Inserieren. Die Anzeige erspart den Reisenden, der heute nicht mehr zu bezahlen ist, sie schafft aber auch in der nächsten Umgebung wertvolle Verbindungen. Das Publikum ist daran gewöhnt, seinen Bedarf nach den Anzeigen im Wilsdruffer Tageblatt zu bestimmen.

Gasthof Hühndorf.
Sonntag den 10. April
Frühjahrsball

Hierzu ladet freundlichst ein 2281 Martha Becker.

Offerierte billigst:
Bohnen kleine weiße, gutkochende Pfund 0.90
Linsen sehr schöne, gutkoch. Pfund 3.00
Erbsen beste grüne Pfund 1.80
Makkaroni feinste Gartgrüßware Pfund 9.50
Margarine stets frisch in Würfeln, Pfd. 10.00
Paul Lauer, am Markt.

Margarinebilliger!
Empfehle
feinste Tafel-Margarine
Pfund 8.50, 9.50, 10 und 12 Mark.
Hugo Broschmann, Nachf. 2289

Neue
feldgraue Hojen
140 Mark
Freisäcke, Dresd.-Löbt.
Grumbacher Str. 20.

Speisekartoffeln
hat abzugeben 2288
Louis Kühne, Hofmühle.
Kernspöcher 42.
Oberdieselscher Zement
2286 frisch eingetroffen bei
Gustav Jofiger, Wilsdruff, Meißner Str.

5 Stück 10 Wochen alte
Kaninchen
verkauft
Emil Schirmer, Bahnhofsstraße.

Jede schöne Frau
wünscht sich einen ff. Federhut.
Größe 1/2, m. l. Alama-Straußfedern kosten jetzt 25 u. 48 M.
Boas 25 M., 60 M., 100 M. bis 450 M. ff. Blumen, Laub.
Desse Dresden, Scheffelstr. 12

Frauen
bestellen bei Stockungen und
Regel-Störungen
meine unübertroffenen
schnell wirkenden
Original-Mittel. Ich überreibe nicht, sondern helfe täglich zahlreichen Frauen. Schreiben Sie mir, wie lange Sie klagen und ich will Ihnen helfen. Nur dann können Sie Ihres Lebens wieder froh sein.
Erfolge auch in den aussichtslosen Fällen durch viele Dank-schreiben nachgewiesen, trotzdem unschädlich, ohne Verursachung, wofür
Reelle Garantie sonst
Geld zurück.
Versand streng reell und diskret.
Frau D. aus K. schreibt: Sie machten mich **überglücklich** durch den Gebrauch Ihrer Mittel, da sich die Wirkung schon in 1 Tage **vollkommen schmerzlos** einstellte, wofür ich Ihnen dankbar bin, jede Frau sollte nur Ihre Mittel gebrauchen.
Frau B. Uibermann, Hamburg 200, Schanzengasse 46 I.